Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 78 (1984)

Heft: 12

Artikel: Atomwaffenfreie Zonen - Schritte zur Abrüstung. 1., Pläne für Europa ; 2., Kampagne für atomwaffenfreie Gemeinden ; 3., Berliner Erfahrungen ; 4., Die Bedeutung von Theologie und Kirche

Autor: Borné, Gerhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143163

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gerhard Borné

Atomwaffenfreie Zonen – Schritte zur Abrüstung

1. Pläne für Europa

Es macht mich nachdenklich, wie seit nun fast dreissig Jahren in Europa immer wieder Vorschläge zur Schaffung von atomwaffenfreien Zonen grösseren Ausmasses vorgetragen wurden – ohne Erfolg. Bisher kam es statt dessen zur Stationierung von immer mehr und immer «besseren» Atomwaffen, und noch immer zeichnet sich keine Verständigung über deren Zurücknahme unter den Regierungen ab. Die Vorschläge kamen freilich – mit einer einzigen Ausnahme – nicht von Nato-Staaten. Vorgeschlagen haben:

– 1956 die Sowjetunion: eine 800 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone beidseits des Eisernen Vorhangs in Deutschland
– 1957, 1958 und 1962 Polen: eine die BRD, die DDR, die CSSR und Polen umfassende atomwaffenfreie Zone. Die Abrüstung sollte stufenweise erfolgen, unter Einbezug auch der konventionellen Waffen, und international kontrolliert werden. Andere Staaten Europas könnten ebenfalls beitreten. (Rapacki-Plan)
– 1957, 1968, 1972, 1982 Rumänien und 1983 Griechenland: einen atomwaffenfreien Balkan
– 1959 und 1963 Finnland und die Sowjetunion: eine atomwaffenfreie Zone Skandinavien und Ostsee; 1983 erneut die SU: eine atomwaffenfreie Ostsee
– 1961 Schweden: die Schaffung atomwaffenfreier Zonen
– 1966 die DDR: einen Kernwaffenverzicht der beiden deutschen Staaten und den Abzug ausländischer Kernwaffen aus der BRD und der DDR
– 1982 Schweden: 150 Kilometer auf beiden Seiten der Blockgrenze in Europa eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen, d.h. Kurzstreckenraketen, Atomminen und atomarer Artilleriemunition freie Zone
– 1983 die Sowjetunion und ähnlich die DDR: Bezug nehmend auf den Palme-Bericht die Ausdehnung dieser Zone auf 500–600 Kilometer
– 1984 Schweden: ein atomwaffenfreies Skandinavien.

Von westlicher Seite sind es fast immer nur Einzelne oder in Opposition stehende politische Kräfte, die Pläne über atomwaffenfreie Zonen vorbringen, zum Beispiel:
– 1957 entwerfen 12 amerikanische Kongressabgeordnete der Demokratischen Partei den Plan einer atomwaffenfreien Zone vom Rhein bis zu den Grenzen der SU
– 1957 legt George F. Kennan, Diplomat und Historiker, einen Plan vor, wonach die BRD, die DDR, die CSSR, Polen und Ungarn atomwaffenfrei und alle Truppen fremder Mächte aus diesen Ländern abgezogen werden
– 1959 fordert die SPD im Godesberger Programm ein atomwaffenfreies Europa
– 1980 schlägt die Russel-Peace-Foundation eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal vor
– 1980 nimmt die britische Labour Party diesen Vorschlag in ihr Programm auf.

Warum wurden solche Vorschläge in Europa bisher nie von westlichen Regierungen – mit Ausnahme der griechischen

– gemacht? Von Anfang an bis heute lauten die Einwände:
– Eine atomwaffenfreie Zone bietet keinen Schutz vor Atomraketen, so neuerdings wieder Bundesverteidigungsminister Wörner in seiner Antwort auf Palme (Berliner Tagesspiegel, 13. Juni 1983)
– dadurch würde der Status quo in Europa bestätigt, ein inzwischen überholtes Argument von 1958
– man könne im Krisenfall die Atomwaffen wieder in diese Gebiete zurückbringen
– der politische Zusammenhalt des westlichen Bündnisses werde dadurch gelockert und ein Land wie die Bundesrepublik diskriminiert
– atomwaffenfreie Zonen würden nur eine Illusion grösserer Sicherheit schaffen und von laufenden Verhandlungen über eine Reduzierung der Kernwaffen ablenken, so die Antwort der deutschen Bundesregierung auf den Palme-Plan am 16. Februar 1983
– der Westen verliere angesichts angeblicher konventioneller Überlegenheit des Ostens einen wesentlichen Schutz, wenn er seine Atomwaffen aus der vordersten Front zurücknehme.

Sind die Argumente f ü r solche atomwaffenfreien Gebiete nicht überzeugender:
– Es handelt sich hierbei um erste Schritte, die entweder einseitig oder gleichzeitig zu machen sind; weitere Schritte sollen folgen
– in solche Zonen kann zwar hineingeschossen werden, aber von ihnen geht zumindest keine atomare Bedrohung des Gegners aus
– sie dienen dazu, ein Mehr an Vertrauen zu schaffen
– Kontrollen sind vorgesehen und möglich.

Die veränderte Waffentechnologie macht solche Pläne noch dringlicher. Denn die Art der Atomwaffen hat sich geändert. Sie sind treffgenauer und kleiner geworden. Die Atomkriegsschwelle wurde dadurch beträchtlich gesenkt.

Es ist vor allem die Bemühung des Palme-Berichts, dass solche «kleinen» Atomwaffen aus der vordersten Front wegkommen, weil diese im Falle eines konventionell begonnenen Konflikts sehr schnell überrollt werden könnte. Sind sie in dem betreffenden Gebiet aber nicht vorhanden, so gibt das mehr Zeit zum Überdenken der Situation; denn noch ist die atomare Schwelle nicht überschritten.

Voraussetzung für ein solches Auseinanderrücken atomar bewaffneter Streitkräfte wäre, dass die westlichen Regierungen sich dazu entschliessen könnten, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten. Der Osten hat diesen Verzicht auf den atomaren Erstschlag schon längst ausgesprochen. Gibt uns das nicht zu denken, dass allein der Westen noch immer unsere Sicherheit durch den frühen Einsatz von Atomwaffen verteidigen will?

2. Kampagne für atomwaffenfreie Gemeinden

Wer hier umdenkt, das sind heute, wie zur Zeit der Ostermärsche vor dreissig Jahren, viele sogenannte Nichtexperten. Eine Gegenbewegung hat sich erneut formiert. Sie kommt auch in der Kampagne zur Schaffung kleiner und kleinster atomwaffenfreier Zonen zum Ausdruck. Dabei soll auf das Ziel eines Europa und einer Welt ohne ABC-Waffen hingewiesen werden. Diese Bewegung wird oft belächelt. Umgekehrt kommt es den dabei Engagierten manchmal so vor, als würde sich der alte chinesische Spruch bewahrheiten: «Der Narr sieht nur den Finger, während der Weise auf den Mond zeigt.» Freilich ist hier umstritten, wer Narr und wer Weiser ist. Offenbar hängt die positive Beurteilung der Kampagne «Schafft eine, zwei, viele atomwaffenfreie Zonen» von der Fähigkeit ab, symbolisch zu denken, d.h. eben nicht nur den Finger – die atomwaffenfreie Minizone – zu sehen, sondern auch die Richtung, in die er zeigt.

Diese Gegenbewegung zur atomaren Militärpolitik der Regierungen ist in England entstanden und hat dort bisher die grössten Erfolge erzielt. 1980 erklärte sich die Stadt Manchester zur ersten atomwaffenfreien Stadt. 1982 folgte Gross-London, und im selben Jahr war die ganze Grafschaft Wales atomwaffenfrei. Über 160 englische Städte betrachten sich inzwischen als zu dieser Zone gehörig.

Der Funke sprang nach Holland über, wo bis jetzt jede zehnte Gemeinde zur atomwaffenfreien Zone erklärt wurde, darunter Städte wie Amsterdam und Rotterdam. In Norwegen, Dänemark und Italien gibt es inzwischen ebenfalls atomwaffenfreie Kommunen. In der BRD gehören u.a. dazu: Kassel, Lindau, Nürnberg, Saarbrücken, Mörfelden-Walldorf, Erlangen, Bergneustadt, Hamburg-Eimsbüttel und der Landkreis Grotz-Gerau. Bereits 1958 gab es in Städten wie Frankfurt am Main, Offenbach oder Nürnberg ähnliche Beschlüsse, desgleichen im Land Nordrhein-Westfalen.

Wenn sich Städte zu atomwaffenfreien Zonen erklären, dann bekunden sie damit auch ihren Willen, von sich aus keine Amtshilfe bei der Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet zu leisten. Das führt zu Konflikten mit den übergeordneten Instanzen. Diese machen den Kommunen überhaupt das Recht zu solchen Beschlüssen streitig, da militärische Angelegenheiten Sache des Bundes seien.

Der juristische Streit darüber ist noch im Gange. Er dürfte an Brisanz zunehmen, wenn es wirklich zu Konflikten über bestimmte Vorhaben der Herstellung, des Transports oder der Stationierung von Atomwaffen in einer solchen Kommune kommt. Spätestens dann können sich Gemeinden auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtshofs aus dem Jahre 1958 berufen, das den Kommunen das Recht zubilligt, sich zu militärischen Fragen zu äussern, wenn konkrete Massnahmen sie betreffen.

«Beratungen vor Ort über ‚atomwaffenfreie Zonen' verändern noch kein Verteidigungskonzept; aber sie wecken Betroffenheit und Problembewusstsein und bauen die fatalistische Stimmung ab, das alles gehe den einzelnen nichts an und machen könne er doch nichts. Deshalb ist, die Diskussion über lange Zeit in Gang zu halten, zu verbreitern und zu vertiefen, wichtiger als ein rascher Erfolg im Gemeinderat.» So Roland Geitmann, Jurist und Oberbürgermeister der Stadt Schramberg im Schwarzwald (Frankfurter Rundschau, 28. April 1983).

3. Berliner Erfahrungen

Seit längerer Zeit arbeiten Gruppen in unserem Kirchenkreis und Stadtbezirk Berlin-Zehlendorf mit bei dieser Bewegung für atomwaffenfreie Zonen. Zweimal bereits wurde im Bezirksamt der Antrag, Berlin-Zehlendorf zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, von der Mehrheitsfraktion (CDU) abgelehnt. Aber die Arbeit geht weiter.

«Atomwaffenfrei» sind in unserem Bezirk inzwischen:

– das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus
– die Evangelische Kirchgemeinde Dahlem
– die Evangelische Studentengemeinde an der Freien Universität
– die Kirchliche Hochschule gemäss dem Mehrheitswillen der Studenten
– der Öko-Garten «Am Buschgraben», ein grösserer Garten, welcher der Integration von Behinderten und Nichtbehinderten und allgemein der ökologischen Bewusstwerdung dienen soll
– das Praktisch-Theologische Ausbildungsinstitut (Predigerseminar)
– viele, viele Wohnungen, Privathäuser, Autos...

Es arbeiten mehrere Nachbarschaftsgruppen in dieser Initiative zusammen. Sie wird unterstützt von der Friedensinitiative des Bezirks, in der viele unterschiedliche Friedensgruppen mitarbeiten, insbesondere auch die SPD, die Al-

ternative Liste (AL) und die Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger. 4000 Unterschriften unter «Berlin-Zehlendorf atomwaffenfrei» wurden bisher gesammelt, Tausende von Flugblättern in Hausbriefkästen und auf der Strasse verteilt und Plakate aufgehängt, an Bäumen, Bushaltestellen, auf Glascontainern, blaue Plakate, die für einige Wochen überall und immer wieder auftauchten, wenn sie abgerissen waren, was leider oft nicht lange dauerte. Menschen haben sich neu zusammengefunden, Nachbarn oder Mitglieder verschiedener Gruppen (Ärzte gegen den Atomtod, Frauen für den Frieden, Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft...).

Noch gibt es sehr viel zu tun! Noch immer sieht man erstaunlich selten die kleinen gelben Rechtecke: Aufkleber an Türen, Fenstern und Autos mit den Aufschriften «Berlin atomwaffenfrei», «Zehlendorf atomwaffenfrei», «Unser Heim gehört zur atomwaffenfreien Zone»... Der Fatalismus, man könne nichts machen, ist weit verbreitet – auch der Zweifel am Sinn speziell dieser Aktion. Oder da ist die Angst, aufzufallen, ins Gerede zu kommen. Gerade diese Initiative zielt tatsächlich darauf ab, die Fragen der «grossen Politik» in unseren Alltag zu bringen, was vielerorts auch gelingt. Oder da ist das Misstrauen der Bürger vor «der Friedensbewegung». «Wem sollen wir glauben? Es gibt so viele Theorien über Verteidigung und Sicherheit.» Oder: «Unsere Kinder könnten einmal Schwierigkeiten bei der Stellensuche bekommen, wenn wir unterschreiben.» Oder: «Wir wollen uns nicht mit so vielen Problemen belasten.» Oder: «Das geht wieder einmal nur gegen die Amerikaner.» Nicht selten hört man sogar: «Der Krieg kommt sowieso!»

Vielleicht nicht Fatalismus, aber zumindest Flucht aus der Verantwortung stellten wir auch bei gewählten Bezirksverordneten fest. Jedesmal, wenn der Antrag, unseren Bezirk zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, auf der Tagesordnung stand, wurde von der Mehrheitsfraktion gesagt: «Wir sind dafür nicht zuständig.» «Das ist Sache der Alliierten!» «Das Bezirksamt hat keene Meinung dazu...»

Aber kann das Besatzungsrecht – vornehmer ausgedrückt: der Viermächtestatus – in Berlin eine eigene Meinung hierzu verbieten? Kann es Anfragen und Petitionen hierzu verbieten? Müsste es nicht unter Freunden erlaubt sein, auch unbequeme Fragen zu stellen. Es wird soviel von «Bündnistreue» und «deutsch-amerikanischer Freundschaft» geredet... In unserem Kirchenkreis und Bezirk stellt sich z.B. konkret die Frage an die westlichen Alliierten, ob ABC-Waffen im Grunewald gelagert sind und ob es stimmt, dass die amerikanischen Panzer atomare Munition abschiessen können, wie behauptet wird. Auch dazu aber hatte die Mehrheitsfraktion in unserer Bezirksverordnetenversammlung «keene Meinung».

Immer mehr Leute in unserem Bezirk sind bei dieser Forderung nach «Atomwaffenfreiheit» aufgewacht. Die Bewusstwerdung hierzu geht weiter und stellt gewohnte Denk- und Verhaltensweisen in Frage. Früher hätten sich viele nicht vorstellen können, einmal in dieser Sache von Tür zu Tür zu gehen, einen Stand auf einem Markt oder bei einem Fest zu machen, so viele neue Nachbarn kennenzulernen, sich kritisch mit militärpolitischen Fragen inklusive Bunkerbauten im Bezirk zu beschäftigen, wieder in die Kirche zu gehen...

4. Die Bedeutung von Theologie und Kirche

Ja, auch letzteres kommt vor, verbunden mit neuem Interesse, was denn eine christliche Friedenshoffnung ausmacht. Vielleicht waren noch nie so viele Menschen der Bergpredigt gegenüber so aufgeschlossen wie heute. Sie fragen zum Beispiel:

– Ist es nicht klüger, auch die Feinde (angenommen dies sind tatsächlich die Menschen in der Sowjetunion) zu lieben, weil sie sonst ihre Angst vor uns nicht loswerden und immer neue Raketen gegen uns aufstellen, was den bekannten Nach-Nach-Rüstungsmechanismus voranbringt?
– Ist es nicht besser, erst einmal den «Balken» im eigenen Auge (die Atomwaffen im eigenen Land) zu sehen, statt den «Splitter» im Auge des andern, selbst wenn das nicht nur ein «Splitter» sein sollte?
– Wenn «Gott seine Sonne über Böse und Gute scheinen lässt», sollten wir dann nicht allen Menschen, egal ob in Moskau oder Ostberlin, das gleiche Lebensrecht zubilligen, d.h. grundsätzlich darauf verzichten, sie mit den heutigen Massenvernichtungsmitteln zu bedrohen?

Dieses vom Schöpfer allen gewährte Lebensrecht ist heute gefährdet. Wir drohen gegenseitig damit, es uns wegzunehmen. Ist es nicht klüger, im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft zu handeln? Diese Idee einer Sicherheitspartnerschaft, die heute einen Ausweg aus der bedrohlichen gemeinsamen Situation zeigt, wurde 1983 in offiziellen Erklärungen aus den Kirchen der DDR besonders gewürdigt, und dies ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Vorschlag des Palme-Berichts zur Schaffung eines 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Streifens auf beiden Seiten der Blockgrenzen in Europa. Die Kirchenleitung der Westberliner Evangelischen Kirche hat ebenfalls die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen in ihren Katalog friedensfördernder Massnahmen aufgenommen. Sie folgt darin der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die sich auf einer Tagung in Moskau auch in dieser Richtung ausgesprochen hatte.

Langsam scheinen sich offizielle kirchliche Gremien mit der Idee kleinerer und grösserer atomwaffenfreier Zonen anzufreunden. Wenn das noch mehr der Fall ist, könnte das eine Hilfe sein für die Politiker, die sich bisher so schwer tun, konkrete Schritte zur Abrüstung selber zu gehen, wie es durch die Schaffung atomwaffenfreier Zonen möglich wäre.

Andreas Studer

Die Friedensbewegung(en) am Genfer Symposium

Die Friedensbewegung in der Schweiz hat sich am letzten Oktoberwochenende zu einem Friedenssymposium in Genf getroffen. Ziel dieses Symposiums war nicht, Beschlüsse zu fassen, sondern eine vertiefte inhaltliche Diskussion darüber zu ermöglichen, wie den weltweiten Militarisierungsbestrebungen begegnet werden kann. Insbesondere sollte dabei eine gemeinsame Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Friedensbewegung möglich werden. Fünf Themenbereiche standen im Vordergrund: Landesverteidigung und Entmili-